



GEMEINDERATS - FRAKTION
ROTTENBURG AM NECKAR

CDU-Fraktion – Rathaus – 72108 Rottenburg

Antrag der CDU-Fraktion zum Ergebnishaushalt 2019

THH 66 Tiefbauamt Produktgruppe 51.10-66 Verkehrsplanung

Die CDU-Fraktion beantragt Mittel in Höhe von 50.000 € für eine Planungsrate mit Sperrvermerk.

Gründe:

Im Januar soll das im letzten Jahr u.a. von der CDU-Fraktion beantragte Verkehrsgutachten für die Kernstadt vorgestellt werden. Damit erforderlichenfalls danach auch erste Planungsschritte für eine Umsetzung von Maßnahmen erfolgen können, wird diese Planungsrate mit Sperrvermerk beantragt.

Horst Schuh
Fraktionsvorsitzender



GEMEINDERATS - FRAKTION
ROTTENBURG AM NECKAR

CDU-Fraktion – Rathaus – 72108 Rottenburg

Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan 2019

**THH 20 Kämmerei
Produktgruppe 1122 Finanzverwaltung, Kasse**

Die CDU-Fraktion beantragt, den KW-Vermerk für eine A 11 Stelle ab 12/2020 zu streichen.

Gründe:

Die Stelle mit Kw-Vermerk wurde im Rahmen der Umstellung auf das Neue Kassen- und Haushaltsrecht ausgebracht. Wie es sich jetzt zeigt, werden die Arbeiten der Kämmerei im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung und den Abschlussarbeiten immer umfangreicher. Diese Arbeiten können aber nur mit dem notwendigen Personal erledigt werden. Deshalb ist der KW-Vermerk zu streichen.

Horst Schuh
Fraktionsvorsitzender



GEMEINDERATS - FRAKTION
ROTTENBURG AM NECKAR

CDU-Fraktion – Rathaus – 72108 Rottenburg

Antrag der CDU-Fraktion zum Zuschussbedarf der WTG

THH 20 Stadtkämmerei

Produktgruppe 5750 Tourismus (Eigenbetrieb WTG)

Die CDU-Fraktion beantragt, ab dem Wirtschaftsjahr 2020 die jährliche Steigerung des Zuschusses an die WTG an die jeweiligen Steigerungssätze im Ergebnishaushalt anzupassen. Hiervon kann nur bei vertraglichen Verpflichtungen abgewichen werden. Mehreinnahmen können jeweils für Mehrausgaben verwendet werden.

Gründe:

Die CDU-Fraktion sieht mit Sorge und hat dies auch bereits bei der letzten Wirtschaftsplanberatung angemahnt, die weit überproportionalen Steigerungen des Zuschussbedarfs bei der WTG von 336.000 € 2017, 462.000 € 2018 auf jetzt 530.000 € in 2019. Die CDU-Fraktion verkennt nicht, dass diesen Steigerungen auch Leistungen gegenüberstehen. Trotzdem müssen diese Steigerungen künftig im üblichen Rahmen erfolgen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auch auf die Einnahmesituation zu legen. Die WTG sollte ihre Dienstleistungen soweit möglich und vertretbar von entsprechenden Entgelten abhängig machen.

Horst Schuh
Fraktionsvorsitzender



GEMEINDERATS-FRAKTION
ROTTENBURG AM NECKAR

CDU-Fraktion – Rathaus – 72108 Rottenburg

Antrag der CDU-Fraktion zum Finanzhaushalt und zur mittelfristigen Finanzplanung

**THH 40 Kulturamt
Produktgruppe 4214 Kreuzerfeldsporthalle**

und

**THH 90 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe 6120 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Die CDU-Fraktion beantragt:

- 1. Eine Planungsrate für die beabsichtigte Sanierung bzw. den Neubau der Kreuzerfeldhalle in Höhe von 100.000 €**
- 2. Die liquiden Mittel im Finanzhaushalt jährlich ab 2019 um 1 Mio. € zu erhöhen.**

Gründe:

Die CDU-Fraktion hatte bei den letztjährigen HH-Beratungen die Prüfung der sanierungsbedürftigen Hallen beantragt. Die größte Notwendigkeit für Sanierungs- bzw. Neu- baumaßnahmen besteht für die Kreuzerfeldhalle. In diesem Zusammenhang ist auch die Sanierung bzw. der Neubau und/oder die Erweiterung der Kreuzerfeldgrundschule zu betrachten. Für die weiteren nötigen Schritte sollte eine Machbarkeitsstudie erstellt werden.

Auf Grund unserer Finanzplanung und weiterer unabweisbarer Großinvestitionen kann das Projekt Kreuzerfeld frühestens in den Jahren ab 2023 in Angriff genommen werden. Deshalb gilt es Vorsorge zu treffen, dass ab 2023 auch bei abschwächender Konjunktur, die ersten Anzeichen sind erkennbar, genügend Liquiditätsmittel vorhanden sind. Deshalb sollten unsere liquiden Mittel konsequent verstärkt werden.

Horst Schuh
Fraktionsvorsitzender



GEMEINDERATS - FRAKTION
ROTTENBURG AM NECKAR

CDU-Fraktion – Rathaus – 72108 Rottenburg

Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019

THH 65 Hochbauamt

Kostenstelle 5730401965, Sachkonto 42110000

Die CDU-Fraktion beantragt, die denkmalgeschützte Außentreppe des früheren Haupteingangs der Festhalle zu sanieren und dafür 70.000 Euro bereitzustellen.

Begründung: Die CDU-Fraktion hatte in den vergangenen Jahren schon mehrmals auf die dringend notwendige Sanierung dieser Außentreppe hingewiesen. Nachdem nun aus Gründen der Verkehrssicherheit schon die rechte Seite des Treppenaufgangs abgesperrt werden musste, ist diese Sanierung mehr als überfällig.

Die CDU-Fraktion würde es auch begrüßen, wenn in diesem Zusammenhang der Vorplatz der Festhalle etwas einladender überplant werden könnte.

Horst Schuh

Fraktionsvorsitzender

Jörn Heumesser – Neckarhalde 88 - 72108 Rottenburg

Stadtverwaltung Rottenburg

Marktplatz 18
72108 Rottenburg

Rottenburg, 4. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsantrag für den Haushalt 2019 der Stadt Rottenburg aus den Fraktionen der SPD, Grünen und der WiR

Anschaffung von zumindest einer mobilen Kühlplatte für die Teilorte

Begründung:

In der Gemeinderatssitzung am 27. November 2018 wurde die Notwendigkeit einer mobilen Kühlmöglichkeit (Kühlplatte) für Leichen auf den Ortsteilen angezeigt, da in den Ortsteilen keine Möglichkeit besteht, in den heißen Sommermonaten die Leichen zu kühlen. Im Sinne eines pietätischen Umgangs mit den Angehörigen und in Anbetracht der geringen Kosten ist die Anschaffung einer mobilen Kühlplatte in den Haushalt mit aufzunehmen.

Jörn Heumesser – Neckarhalde 88 - 72108 Rottenburg

Stadtverwaltung Rottenburg

Marktplatz 18
72108 Rottenburg

Rottenburg, 4. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsantrag für den Haushalt 2019 der Stadt Rottenburg aus den Fraktionen der SPD, Grünen und der WiR

Die Haushaltsanträge für die Kunstrasenplätze (Pfaffenberg, Eichenberg) sind mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Begründung:

Nach der Einstellung des Budgets für die Kunstrasenplätze (Pfaffenberg, Eichenberg) im Finanzplan ist die Nachhaltigkeit/Umweltverträglichkeit dieser Plätze aufgrund einer Studie in die Kritik geraten. Im Rahmen eine verantwortungsvollen Handelns, welches die Stadt mit der Bildung eines „Runden Tisches zur Nachhaltigkeit“ angehen möchte, soll diese Studie vor der Anschaffung berücksichtigt und diskutiert werden. Die Inhalte/Resultate der ergebnisoffenen Diskussion sollen dem Gemeinderat zur Entscheidungsfindung vorgestellt werden.

Jörn Heumesser – Neckarhalde 88 - 72108 Rottenburg

Stadtverwaltung Rottenburg

Marktplatz 18
72108 Rottenburg

Rottenburg, 4. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsantrag für den Haushalt 2019 der Stadt Rottenburg aus den Fraktionen der SPD, Grünen, Jungen Aktiven und der WiR

Vollendung der Neckarpromenade, Lückenschluss zwischen der „Oberen Brücke“ und der vorhandenen Promenade am „Rottenburger Geschichtspfad“.

Begründung:

Seit einigen Jahren ist die Treppe an der Oberen Brücke in Richtung Hospitalbad fertiggestellt und wartet auf eine Fortführung des Weges in Richtung „Rottenburger Geschichtspfad“. Für die Fertigstellung des Weges sollen Mittel aus dem Topf „Unser Neckar“ verwendet werden, die im Haushalt 2019 für die Offenlegung des Weggentalbaches eingesetzt werden sollen. Die Offenlegung des Weggentalbachs ist kein schlüssiges, rundes Konzept für die antragstellenden Fraktionen und muss überdacht werden.

Jörn Heumesser – Neckarhalde 88 - 72108 Rottenburg

Stadtverwaltung Rottenburg

Marktplatz 18
72108 Rottenburg

Rottenburg, 4. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsantrag für den Haushalt 2019 der Stadt Rottenburg aus den Fraktionen der SPD, Grünen, Jungen Aktiven und der WiR

Planungsauftrag „Verbesserung des ÖPNV zwischen Rottenburg und Ergenzingen“

Begründung:

Nach dem Umbau zum barrierefreien Bahnhof wird Ergenzingen an den Stuttgarter Verkehrsverbund (SVV) angegliedert werden. Mit dieser Integration in den SVV haben die Rottenburger Einwohner die Möglichkeit, schneller und kostengünstiger in den Wirtschaftsraum Stuttgart zu pendeln. Um den Individualverkehr zukünftig weiter zu reduzieren, ist eine schnelle und anforderungsgerechte Verbindung des ÖPNV zwischen Rottenburg und Ergenzingen unerlässlich. Der Bedarf ist zu ermitteln und eventuell weitere Linienverbindungen sind zu planen. Hierzu soll ein Planungsbudget bereitgestellt werden.

Jörn Heumesser – Neckarhalde 88 - 72108 Rottenburg

Stadtverwaltung Rottenburg

Marktplatz 18
72108 Rottenburg

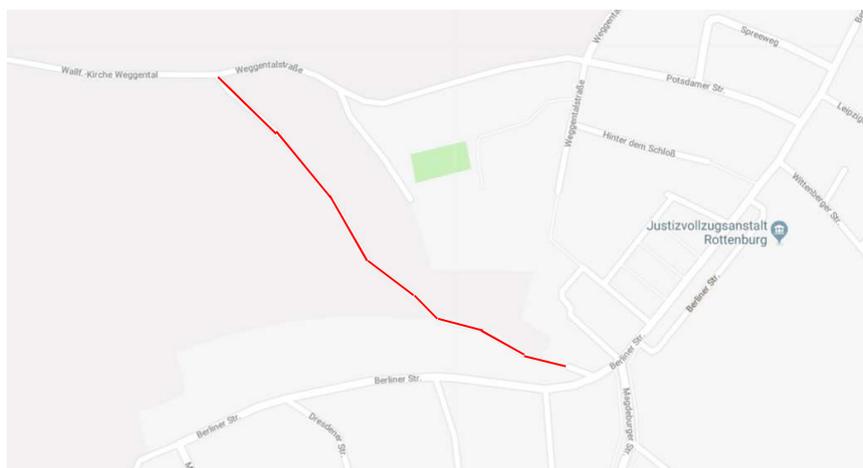
Rottenburg, 4. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsantrag für den Haushalt 2019 der Stadt Rottenburg aus den Fraktionen der SPD, Grünen, Jungen Aktiven und der WiR

Verbesserung des Sebastian-Blau-Fußweges zwischen der Berliner Straße in Richtung Weggental.

Begründung:

Der Fußweg (rot) von der Berliner Straße, vorbei hinter der Carl-Joseph-Leiprecht-Schule zur Lindenallee vor der Weggental-Kirche ist zu schmal, die Oberfläche ist mit Rollator, Rollstuhl nur schwierig zu begehen/befahren. Durch die unterschiedlichen Beläge (Asphaltplatten, Schotterweg) resultieren Stolperfallen für Personen mit und ohne Gehbehinderung. Der Weg ist 2019 dringend zu sanieren und fertigzustellen. Die Mittel sind aus den laufenden Kostenstellen zu entnehmen.



**Gemeinsamer Antrag
der Gemeinderatsfraktionen
Grüne
SPD
WIR
JA**

Haushaltsantrag:
Anreizprogramm
Innenentwicklung für
Gewerbetreibende

Rottenburg, den 4.12.2018

THH 00 Produktgruppe 5710

Der Gemeinderat beschließt:

Für das Anreizprogramm Innenentwicklung für Gewerbetreibende werden im Haushalt 100.000 Euro bereitgestellt. Die Mittel sind mit einem Sperrvermerk versehen, bis ein entsprechendes Konzept vom Gemeinderat beschlossen wird.

Begründung:

Der Gemeinderat hat die Stadtverwaltung im März 2018 damit beauftragt, ein Anreizprogramm Innenentwicklung für Gewerbetreibende zu erarbeiten. Es ist davon auszugehen, dass für die Umsetzung des Programms finanzielle Mittel notwendig sind.

**Gemeinsamer Antrag
der Gemeinderatsfraktionen
Grüne
SPD
WIR
JA**

**Haushaltsantrag:
Klimaschutz voranbringen**

Rottenburg, den 05.12.2018

THH 12 Produktgruppe 5610-12

Der Gemeinderat beschließt:

Für Klimaschutzmaßnahmen werden im Jahr 2019 zusätzlich 75.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind mit einem Sperrvermerk versehen. Die Verwendung und Freigabe richtet sich nach Beschlüssen, die im Rahmen der Beratung des Antrags „Klimaschutz jetzt voranbringen“ von Grünen und Jungen Aktiven gefasst werden.

Begründung:

Im Januar berät der Gemeinderat den Antrag „Klimaschutz jetzt voranbringen“ von Grünen und Jungen Aktiven. Abhängig davon, welche Beschlüsse gefasst werden, können dafür finanzielle Mittel notwendig sein, z.B. für die Hinzuziehung von Fachbüros bei der Fortschreibung der CO₂-Bilanz oder der Bewertung des Fortschritts der Klimaschutzmaßnahmen.

Stadtverwaltung Rottenburg

Marktplatz 18
72108 Rottenburg

Rottenburg, 4. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsantrag für den Haushalt 2019 der Stadt Rottenburg aus den Fraktionen der SPD, Grünen, Jungen Aktiven und der WiR

Finanzplanung Teilhaushalt 40, Kulturamt

Zeitliches Vorziehen des Umbaus / Neubaus der VhS

Wir wollen die Planung des Umbaus der Volkshochschule zeitgleich mit der Planung des Kindergartens und der Musikschule sowie den Umbau der VhS 2022

Begründung:

Der Umbau der VhS ist schon einige Male verschoben, die Unterrichtsbedingungen sind in diesen Jahren nicht besser geworden. Da die Bauten des Kindergartens, der Musikschule und der Volkshochschule eine Einheit darstellen werden, müssen sie auch zusammen geplant und möglichst zeitnah gebaut werden.

SPD::



WiR:



—

Stadtverwaltung Rottenburg

Marktplatz 18
72108 Rottenburg

Rottenburg, 4. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsantrag für den Haushalt 2019 der Stadt Rottenburg aus den Fraktionen der SPD, Grünen, Jungen Aktiven und der WiR

Teilhaushalt 40, Kulturamt

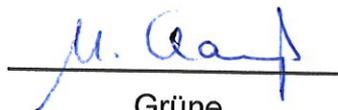
Bereitstellen von Räumen für Streetworker 20.000.- €

Begründung:

Seit fast 3 Jahren ist die Streetworkerin im Jugendhaus „übergangsweise“ untergebracht, obwohl von Anfang an klar war, dass diese eigene Räumlichkeiten benötigt. Außerdem wurde deutlich, dass das Jugendhaus dringend geeignete Büroräume benötigt. Da nun ja nochmals eine halbe Stelle ausgeschrieben werden soll, brauchen die Streetworker eigene Räume (Büro, kleiner Aufenthaltsraum, Toilette). Deshalb muss nun eine Unterkunft mit Nachdruck gesucht werden.



SPD



Grüne



Junge Aktive



WiR

Haushaltsantrag:
Kommunaler Wohnbeauftragte/r
zur Förderung der
Innenentwicklung im Wohnen

**Gemeinsamer Antrag
der Gemeinderatsfraktionen
Grüne
SPD
WIR
JA**

THH 20 Produktgruppe 5220-20

Rottenburg, den 05.12.2018

Der Gemeinderat beschließt:

Für die Tätigkeit einer/s kommunalen Wohnbeauftragte/n zur Förderung der Innenentwicklung im Wohnen wird eine auf 3 Jahre befristete halbe Stelle eingerichtet (ca. 30.000 Euro/a). Über die Ausschreibung der Stelle wird entschieden, wenn der Gemeinderat über ein entsprechendes Aufgabenprofil beschlossen hat. Zur Entscheidungsfindung sollen Erfahrungsberichte von Beauftragten für Wohnraum (z.B. in Tübingen) einbezogen werden. Eine Kofinanzierung über Fördermittel wie z.B. dem Programm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ wird angestrebt.

Begründung:

In Rottenburg herrscht Wohnraummangel. Dies bestätigt u.a. die hohe Nachfrage nach Wohnungen und Bauplätzen. Es besteht daher Konsens, dass wir in Rottenburg weiteren Wohnraum schaffen wollen. Wir sind jedoch auch verpflichtet, den Flächenverbrauch zu minimieren (u.a. Nachhaltigkeitsziele). Damit zwischen beiden Zielen kein Widerspruch entsteht, müssen Maßnahmen der Innenentwicklung verstärkt in den Blick genommen werden.

Nach Zahlen des Statistischen Landesamts gab es in Rottenburg zum 31.12.2017 11.003 Wohngebäude. Davon hatten 7472 eine Wohnung, 2282 zwei Wohnungen und 1235 drei oder mehr Wohnungen. Damit haben 67,9 Prozent aller Wohngebäude in Rottenburg nur eine Wohnung, obwohl in so ziemlich allen Bebauungsplänen mindestens bis zu zwei Wohneinheiten zulässig sind. Dies bedeutet, dass ein gewaltiges Potenzial an zusätzlichen Wohnungen im Bestand ruht oder geschaffen werden kann. Dieses (Leerstands-)Potenzial zu identifizieren und durch verschiedene Maßnahmen zu aktivieren, soll Aufgabe des/der kommunalen Wohnbeauftragten sein.

Hierzu sollen in einem ersten Schritt geeignete Konzepte entwickelt oder von anderen Gemeinden übernommen werden. Außerdem können Eigentümer*innen befragt werden, warum evtl. leer stehende Wohnungen nicht vermietet werden.

Ziel ist es, über Anreize und Unterstützung zusätzliche Wohnungen in die Vermietung zu bekommen.

**Gemeinsamer Antrag
der Gemeinderatsfraktionen
Grüne
SPD
WIR
JA**

**Haushaltsantrag:
Pausenhof Eugen-Bolz-
Gymnasium**

Rottenburg, den 05.12.2018

THH 40 Produktgruppe 211006

Der Gemeinderat beschließt:

Für den Umbau des ehemaligen Schulgartens zu einem Pausenhof des Eugen-Bolz-Gymnasiums wird für das Jahr 2019 ein Betrag von 100.000 € eingestellt.

Begründung:

Seit Jahren versucht das Eugen-Bolz-Gymnasium besonders für jüngere Schüler*innen mehr Fläche für den Pausenhof zu gestalten. Es liegen Pläne vor, wie der alte Schulgarten und weitere derzeit ungenutzte Flächen so umgestaltet werden können, dass sich die Schüler*innen auch bewegen können. (Zitat aus den Empfehlungen für einen zeitgemäßen Schulbau in Baden-Württemberg: „Es sind ausreichende Sitz-, Spiel-, Bewegungs- und Sportbereiche für alle Altersgruppen vorzusehen; zu beachten sind Anforderungen gerade auch an inklusive Sport- und Spielangebote.“)

Es gibt eine aktive Gruppe von Lehrern, Eltern und Schüler*innen, die sich bereits um den vorderen Teil des Schulhofs mit viel Einsatz gekümmert haben. Dieses Engagement wird allerdings durch Geldmangel derzeit gebremst. Der Hinweis der Verwaltung, dass ein Antrag für Bürgergeld gestellt werden könnte, ist für uns keine Lösung. Die Stadt muss für ihre Schulen einen Pausenhof zur Verfügung stellen, der im Rahmen der möglichen Fläche einen Mindeststandard gewährleistet, das sind 5 m² pro Schüler*in. Es darf bezweifelt werden, dass die derzeit zur Verfügung stehende Fläche diesen Mindeststandard erfüllt. Deshalb kann die erweiterte Pausenhofgestaltung nicht in spätere Jahre verschoben werden.

**Gemeinsamer Antrag
der Gemeinderatsfraktionen
Grüne
SPD
WIR
JA**

Haushaltsantrag:

Planung Kreuzerfeld
Schulcampus

Rottenburg, den 05.12.2018

THH 40 Produktgruppe 4241 u.a.

Der Gemeinderat beschließt:

Für eine detaillierte Planung der Weiterentwicklung des Kreuzerfeld Schulcampus' wird eine Planungsrate von 50.000 € eingestellt. Im Finanzplan wird der Bau der Kreuzerfeld-Sporthalle entsprechend einer zeitnahen Planung vorgezogen.

Begründung:

Steigende Schülerzahlen und die Ausweitung des Ganztagesbetriebs an Grund- und Realschule sowie die Bedingungen in der Kreuzerfeld-Sporthalle machen eine Umgestaltung des gesamten Bereichs erforderlich. Es muss der Standort der neuen Halle geklärt werden, die Bedarfe an Mensaplätzen und Schulbauflächen nach den Richtlinien.

Das erfordert eine große finanzielle Anstrengung, aber dafür ist zunächst eine verbindliche Planung erforderlich, damit möglichst rasch eine Realisierung der Sporthalle erfolgen kann.

Haushaltsanträge für 2019: DIE LINKE

DIE LINKE beantragt 55.000 Euro für ein neues, umfassendes Gutachten.

Es soll den Bestand und die voraussichtliche Entwicklung von Gewerbe, Gewerbeansiedlungen, Landwirtschaft und (innovative) Dienstleistungen in der Raumschaft Rottenburg darstellen.

Die Ima-Komm-Studie vom Frühjahr 2018 war im Sinne von wissenschaftlichen Erfordernissen und Standards in vielen Details nicht belastbar, vor allem am Auftraggeber orientiert und damit vom Ansatz her nicht unabhängig.

Aufgrund ihrer Seriosität und Erfahrung schlagen wir vor, das Institut für Stadt- und Regionalentwicklung an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt, Schelmenwasen 4-8 D-72622 Nürtingen mit der neuen Expertise zu betrauen und vorab mit dem Gemeinderat über Ziele und Fragestellungen zu beraten.

Die Arbeitsschwerpunkte des Instituts sind: Stadtplanung, Stadtentwicklung, Projektbegleitung und Projektsteuerung, Beteiligung und Kommunikation, Flächenmanagement, Gewerbeflächenentwicklung, Aktivierung von Baulandpotenzialen, Entwicklung von Brachflächen, Modellprojekte.

DIE LINKE beantragt, den Zuschuss an die WBR von 1,86 Mio. Euro um 500.000 Euro erhöhen.

Der Mangel an preiswerten Mietwohnungen wird immer mehr zur großen sozialen Frage im gesamten Land. Der private Wohnungsmarkt hat versagt und kann kaum bezahlbare Wohnungen anbieten. Deshalb ist es wichtig, dass unsere kommunale WBR mit einer Erhöhung auf drei Mio. Euro gestärkt wird, zumal es sich um die Aufstockung des städtischen Vermögens handelt. Damit wird die WBR ermutigt, den preiswerten Mietwohnungsbau in Rottenburg schneller voranzubringen und der schädliche Spekulation mit überteuerten Zimmern in Neubauten entgegenzutreten. Zudem sollen in der Innenstadt seniorengerechte Wohnungen preisgünstig angeboten werden. Außerdem könnte damit – falls notwendig – auch weiteres Personal zur schnelleren Abwicklung der Aufgaben finanziert werden.

Die Linke beantragt 40.000 Euro für Jobtickets.

Damit sollen Fahrpreisen im ÖPNV für städtische Bedienstete, Auszubildende in diesen Einrichtungen und Berufsschüler (Verwaltung, Kitas, Stadtwerke, Pflegeeinrichtungen usw.) reduziert werden. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit großen Arbeitgebern wie dem Bischöflichen Ordinariat und großen Betrieben Verhandlungen über eine Beteiligung am Jobticket zu führen.

Angesichts der Pendlerzahlen ist es dringend, den Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV zu fördern und dafür finanzielle Anreize zu bieten, wie sie in Nachbarstädten (z.B. Tübingen) längst existieren. Damit kann ein wirkungsvoller Beitrag zur CO₂-Reduzierung und zum Umweltschutz auf kommunaler Ebene geleistet werden.

DIE LINKE beantragt eine Planungsrate für gebührenfreien ÖPNV einzustellen.

Die steigende Zahl von Pendlern in allen Gemeinden und Städten in Baden-Württemberg erfordert ein Umdenken vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehrsnetz. Der ÖPNV ist ein Grundgerüst für die soziale Teilhabe aller Einwohner. Beides erfordert einen kostenlosen ÖPNV mit attraktiven Taktzeiten und besseren Verbindungen sowohl innerhalb der Stadt wie auch zwischen den Teilorten und der Kernstadt nachts und am Wochenende.

Verkehrs- und Parkraumplanung in der Kernstadt.

DIE LINKE beantragt 30.000 Euro für eine Klausurtagung und eine Machbarkeitsstudie zur besseren Verkehrsführung in der Kernstadt und zur Parkraumplanung. In dieser Gesamtplanung soll die Situation der Beschäftigten aus den Teilorten, die zu ungünstigen Tageszeiten in der Kernstadt arbeiten müssen, besonders berücksichtigt werden. Nicht zuletzt die Präsentation des Bahnhof-Gebäudes OHNE jeglichen Bezug zum zukünftigen Busbahnhof und der Parkraumnot am Bahnhof und in der Innenstadt zeigen die Dringlichkeit einer umfassenden Gesamtplanung für die Kernstadt.

DIE LINKE beantragt einen Einstieg in die gebührenfreie Kinderbetreuung.

Wir beantragen eine gebührenfreie Betreuung der Kinder in Krippen und Kitas in Höhe des Satzes für die Regelbetreuung (30 Wochenstunden) für alle Altersgruppen. Kinderbetreuung ist wichtig für einen gelingenden Einstieg in eine gute Bildungsentwicklung der Kinder. Seit der Einführung des

Orientierungsplan in Baden-Württemberg ist die Kinderbetreuung zu einem wichtigen Bestandteil der Bildung geworden. Das Grundrecht auf Bildung hat grundsätzlich gebührenfrei zu erfolgen. Mit der Einführung der Gebührenfreiheit folgt Rottenburg den guten Vorbildern von Künzelsau und Mannheim. Kinderbetreuung darf durch Kita-Gebühren nicht zu einer Verschärfung der Armut für Familien oder Alleinerziehende werden.

DIE LINKE beantragt zusätzliche PIA-Stellen

Die PIA-Stellen sollen auf zwölf aufgestockt werden, um mittelfristig den Mangel an Erziehungskräften abzubauen und die Öffnungszeiten für die Eltern zu gewährleisten. Wegen gestiegener Geburtenzahlen und mehr Zuzügen wird auch Rottenburg in den nächsten Jahren diese Fachkräfte benötigen. Deshalb sollen vorausschauend Auszubildende für die duale PIA-Ausbildung gewonnen und ausgebildet werden. Zugleich wird die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept für eine bessere Bindung der ausgebildeten Erziehungskräfte an die Stadt zu entwickeln. Jede Stadt muss damit rechnen, dass Erzieherinnen wegen Schwangerschaft, Krankheit und aus anderen Gründen ausfallen. Dafür muss ausreichend Vorsorge durch zusätzliches Personal geleistet werden.

DIE LINKE beantragt eine Planungsrate für eine Sporthalle Kreuzerfeld.

Nach Aussagen der Stadtverwaltung ist die Sporthalle in marodem Zustand. Momentan wird sie von den SchülerInnen und Schülern der beiden Schulen benutzt. 60 Prozent der RealschülerInnen kommen aus den Teilorten. Die Sporthalle wird auch von Vereinen (Weiler) und Jugendlichen der Klause genutzt. Von der notwendigen Erneuerung der Sporthalle hängt eine zeitnahe Planung des Schulcampus im Kreuzerfeld ab. Deshalb ist die Planung dieser Halle vorzuziehen und keineswegs in das allgemeine Hallenkonzept einzugliedern.

Barrierefreiheit durch Außenfahrstuhl am EBG. DIE LINKE beantragt, den Außenfahrstuhl am EBG nicht erst „zu einem späteren Zeitpunkt“, sondern bereits für 2019 in den Haushalt aufzunehmen. Damit wird der Lehrkraft mit Rollstuhl ein Unterricht auch in den oberen Etagen ermöglicht und für SchülerInnen ein barrierefreier Zugang zu allen Klassenräumen des Altbaus möglich. Zugleich sollte eine Brandschutztreppe wie am GiG in Ergenzingen eingerichtet werden.

DIE LINKE beantragt 60.000 Euro für die Umgestaltung und Erweiterung des Schulgartens am EBG.

Für die SchülerInnen der Unter- und Mittelstufe ist die Pausensituation auf der „Betonwüste“ des alten Pausenhofs seit Jahren unerträglich, die „Stahlpilze“ werden häufig als Klettergerüste missbraucht, weil es kaum Bewegungsangebote (wie an Grundschulen) gibt. Eine umfangreiche Planung des EBG liegt dafür vor.

DIE LINKE beantragt die Bereitstellung von Geldern für Grasrasenplätze.

Aufgrund der neuen Erkenntnisse über Kunstrasenplätze (Fraunhofer Institut) sind die kommunalen Gelder im Haushalt für schon bestellte und subventionierte Kunstrasen sowie für künftige Kunstrasen zu streichen. DIE LINKE unterstützt die Entscheidung des Vorstandes vom Wurmlinger Sportverein und vom Ortschaftsrat, die Rasenplätze bis zum Jubiläum des Vereins im Jahr 2020 zu sanieren.

Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes in Rottenburg auf den Landesdurchschnitt, d.h. auf 369 Punkte.

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden zum einen durch die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt. Zum zweiten hängen sie maßgeblich ab von der kommunalen Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes, der in Rottenburg 1994 letztmalig verändert wurde. In Baden-Württemberg haben 57 Kommunen allein im Jahr 2018 ihren Hebesatz angehoben. Durch die Anhebung des Hebesatzes können die Einnahmen der Stadt verbessert werden und z.B. die Erzieherinnen leistungsgerecht bezahlt werden. Außerdem wird dadurch verhindert, dass Unternehmen Kommunen untereinander ausspielen und eine Konkurrenz zwischen ihnen entsteht, die volkswirtschaftlich schädlich ist.